

Verantwortl. Redakteur: A. D. Stöcker in Stettin.
Drucker: N. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Melanien 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 4. März.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März.
Präsident v. Bötticher eröffnet die Sitzung
um 1 Uhr.

Die Beratung des Postetats, Titel „Staats-
sekretär“ wird fortgesetzt.

Abg. v. d. Schulenburg (kons.) wünscht,
die Telephonanstalten nicht so sehr vor
den Telegraphen-Anstalten bevorzugt werden; auch
müsse für die Post-Agenten etwas besser gefordert
werden. Ferner müssten die Gebühren für den
Zeitungsdienst anderweitig geregelt werden,
nicht nach dem Zeitungs-Preis, zumal gerade
die Zeitungen am billigsten seien, die am meisten
wählten.

Staatssekretär v. Stephan erwidert,
wenn bei Beratung der privaten Telephon-
Einrichtungen Mängel vorkämen, so würde er für
Anfragen an die Oberpostdirektion dankbar sein.
Einer vermehrten Fürsorge für die Post-Agenten
seie er sympathisch gegenüber, doch würde das aber zu
erheblichen Mehrausgaben führen. Was das
Postporto für Zeitungen anlangt, so habe das
letzte System — ein Prozentsatz vom Preise —
ja gewisse Mängel. Und wenn im Interesse der
Gerechtigkeit ein anderes System gewählt werden
sollte, so würde dagegen ja sogar das Bedenken zurück-
treten müssen, dass vielleicht die jetzt billigen
Zeitungen zum Schaden des Publikums ihre
Preise erhöhen könnten. (Abg. Völkner: Es
ist richtig!) Aber Abhilfe zu schaffen sei nicht
so leicht. Wollte man die Vergütung nach dem
mechanischen Prinzip der Leistung bemessen, so
müsse man bei letzterer 2 Theile unterscheiden:
einen die allgemeine Leistung, d. h. die Abon-
nements-Vermittelung, und zweitens den Trans-
port. Dort könne man nach wie vor die Ver-
gütung nach dem Abonnement-Preis bemessen,
hier nach der Zahl der beförderten Nummern.
Daraus müsste eine Resultante gezogen werden.
Das werde erwogen. Auch müssten Bayern und
Württemberg mit in Betracht gezogen werden.
Es solle das demnächst in einer Konferenz ge-
schehen. Eventuell werde noch in diesem Som-
mer eine entsprechende Vorlage an den Bundes-
rath gebracht werden. Jedenfalls habe er die
Sache nicht aus dem Auge verloren.

Abg. v. Kündel (Rechts.) tritt der
gefassten Ausführung des Abg. Böttcher gegenüber,
dass durch die Postverwaltung den Postassistenten
bzgl. des Angehörigen des Assistenten-Verbandes
ihre staatsbürgerlichen Rechte genommen würden.
Die Postverwaltung sei zu ihrem Vorgehen be-
hufs Unterwerfung der Disziplin durchaus
berechtigt. Wenn die Briefträger, die doch eine
noch größere Masse bildeten, auch einmal einen
solchen Verband gründen und wohl gar einmal
streiken wollten, dann würde sich erst je recht
zeigen, welches hohe Interesse die Allgemeinheit
an der Aufrechterhaltung der Disziplin habe.

Präsident v. Stephan erwidert, wie die des Assistenten-
Verbandes, seien hiernach prinzipiell zu verwerfen.
Rechner prüft jedoch die Vertheilung des Staats-
sekretärs, auf den wir hier jetzt sein könnten.

Abg. Baumhach (freis.) lenkt die Auf-
merksamkeit des Hauses zunächst auf die von der
Kommission vorgeschlagene Resolution betreffend
die Durchführung des Systems der Alterszulagen
im ganzen Bereich der Post- und Telegraphen-
Verwaltung. Die Vertheilung des Staatssekretärs
wolle er durchaus nicht verurtheilen, aber Thatsache
sei doch, dass wir vergeblich auf mancherlei Ver-
besserungen im Postvertheilung warten müssten.

Beispielsweise liege doch wirklich kein Grund vor,
für ungenügend frankierte Briefe Strafbefehle zu
erlassen. Gehen habe der Staatssekretär auf
die Ausführungen des Reichstages mit einer großen
Ruhe geantwortet. Aber diese Ruhe habe doch
wohl nur einen Rückschluss zulassen wollen. Können
Dienstverrichtungen seitens der Postassistenten vor,
dann habe die Postverwaltung das Recht, mit
aller Strenge vorzugehen. Bleibe aber der
Assistenten-Verband innerhalb der Grenzen seiner
dienstlichen Pflichten, dann solle man denselben
doch nicht mit so kleinen Mitteln bekämpfen.

Abg. v. Kündel (Rechts.) erwidert, dass
dieser Verband nichts Ungesetzliches, dann
dürfte man ihm auch nichts anhaben, denn
wir leben doch in einem Rechtsstaate und nicht
in einem Polizeistaate. Protestieren, so fährt Re-
chner fort, muß ich aber vor allen Dingen gegen
die allgemeinen Grundsätze, welche hier gesteuert
sind, als ob der Beamte durch
seinen Charakter als Beamter irgend etwas an
seinen staatsbürgerlichen Rechten verliere. Jeder
Beamte hat Verpflichtungen als solcher, aber kein
Gesetz in der Welt kann ihm seine staatsbürger-
lichen Rechte nehmen, und keine Verwaltung kann
ihm verbieten, einem solchen Verein anzugehören,
und zu sagen: c'est notre plaisir. Was
die ganze Diktatur des Verbandes anbetrifft, so
liegt nichts vor, was die Annahme zuließe, daß
die Angehörigen des Verbandes ihre Dienst-
pflichten verletzten. Ich protestiere entschieden da-
gegen, einfach auszusprechen: Beamte verlieren
als solche einen Theil ihrer bürgerlichen Rechte.

Rechner bekämpft dann noch das System, das
einen so großen Umfang angenommen habe, in
beunruhigender Stellen aus Erparnisgründen
gegründet habe. Es seien die Stellen mit geringem Ge-
halt, statt möglichst viele etatsmäßig anzustellen.
Mit den Diktaturen müsse so viel als möglich auf-
gekauft werden. Dringend zu wünschen sei das
System der Alterszulagen. Schon in diesem
Jahre hätten die Alterszulagen mindestens für die
Unterbeamten eingeführt werden müssen, aber
auch für die Assistenten und Sekretäre. In der
Kommission sei allerdings die Ausrückung
gefallen, als ob durch dieses System die
Disziplin litten. Das sei jedoch keineswegs
der Fall. Sollte die Postverwaltung ein
populäres Institut sein, — und das sei ja aller-
dings wünschenswert, — so gehöre dazu vor
Allem ein berufsmäßiges Beamtenbureau. Die
Unterbeamten aber sollen sich vielfach der Sozial-
demokratie zugewendet haben, das zeige ja auch
ein Aufruf von Unterbeamten im „Vorwärts“. Ein
Beweis für Zufriedenheit des Beamtenbureaus
sei das nun gerade nicht.

Direktor im Reichspostamt Fischer bleibt
dabei, daß die Beamten ganz unzweifelhaft einer
gewissen Einschränkung ihrer staatsbürgerlichen
Rechte unterliegen. So seien sie in Bezug auf
Freizügigkeit beschränkt, ebenso die Beamten des
auswärtigen Amtes in Bezug auf das Recht, ihre
Meinung frei zu äußern. Und wenn die Ver-
tehrsbeamten am Wahltag ihr Wahlrecht unbe-
dingt ausüben berechtigt wären, wie würde es
dann mit dem Verkehr aussehen? Der Ver-
rechner verlangt, die Verwaltung solle gegen den

Assistenten-Verband nur repressiv vorgehen, d. h.
falls etwas Dienstwidriges geschehe. Aber die
Verwaltung müsse auch vorbeugen, auf daß sie
möglichst wenig in die Lage komme, bestrafen zu
müssen. In keiner Verwaltung seien die An-
stellungsbedingungen so günstig, als bei der Post-
verwaltung, beispielsweise für die Oberassistenten.
Die Postassistenten auf dem Lande, deren be-
schleunigter Anstellung der Vorratserfüllung
bedürfe, seien überhaupt keine eigentlichen Be-
amten. Andere Hilfsbeamte würden stets
so schnell als möglich in etatsmäßige Stellen
gebracht. Erparnisse aus Pensionen beab-
sichtige die Verwaltung durchaus nicht.
Würde man das preussische Alterszulagen-System
in die Postverwaltung einführen, so würden sich
die Unterbeamten zunächst um 2 Millionen Mark
jährlich schlechter fühlen. Die Verwaltung werde
benutzt bleiben, im Sinne der Resolution vorzu-
gehen, aber eine bestimmte Frist für Einführung
der Alterszulagen könne sie nicht angeben. Der
Aufruf im „Vorwärts“ gebe jedenfalls von der
irrigem Auffassung aus, als ob allein die Sozial-
demokratie das Interesse der Unterbeamten wahr-
nehme.

Abg. Völkner (freis.) Daß der Herr
Staatssekretär sich Popularität errennen hat, wie
Herr v. Kündel so hervorhebt, ist richtig, aber das
gerade hat ihn verleitet, auf seinen Vorreden aus-
zuweichen. Ich freue mich übrigens, daß auch Herr
v. Kündel wenigstens die sog. freiwilligen Sam-
mlungen der Postbeamten genehmigt hat. Was
den Assistenten-Verband anlangt, so ist es unrich-
tig, daß sich derselbe bei Seite gestellt hat. Er
ist vielmehr bei Seite gestellt worden. Mit
Kreuzen begreife ich die Aufkündigung des Staats-
sekretärs, daß er eine Reform des Postvertheilungs-
systems andeuten will. Auf die Parteifärbung der
Zeitungen darf es dabei natürlich nicht ankommen.
Der Staatssekretär sagte gestern, meine Rede habe
von Verhältnissen geredet; er hat dabei u. A.
verneint, daß Assistenten nicht zu Rekrutieren
ernannt würden. Ich habe das auch gar nicht
mit Bestimmtheit behauptet, sondern ausdrücklich
eine Anfrage darüber an den Herrn Staats-
sekretär gestellt. Andererseits Verhältnisse sind
aber in meiner Rede überhaupt nicht
vorgekommen. Namentlich sind meine Ausführ-
ungen über die Anstellungsbedingungen der
Assistenten und Unterbeamten durchaus richtig ge-
wesen. Rechner stellt dann gegenüber dem Staats-
sekretär noch in Abrede, daß der Assistenten-Verband
im Vorjahr 25 000 Mark Verwaltungskosten
und außerdem eine Unterabteilung habe. Auch sei
der Verband keineswegs in Abnahme begriffen,
gerade das Gegenteil sei der Fall.

Abg. Kiebertmann v. Sonnenberg
(Antisemit) erklärt, er sei durchaus für Disziplin
und meine auch, daß die Beamten theilweise in
ihren staatsbürgerlichen Rechten beschränkt seien.
Aber — eine Grenze sei doch gegenüber den Regle-
ments und über diese Grenze dürfe die Postver-
waltung nicht hinausgehen. Und das sei aller-
dings gegeben. Unter Anderem habe man anti-
semitisch genante Beamte und Angehörige von
Beamten durch Verfügungen bestraft. Rechner
schließt sich hinsichtlich des Post-Assistenten-Ver-
bandes durchaus den Ausführungen der Abg.
Völkner und Baumhach an und bringt sodann
zwei Fälle unter Namensnennung von Verletzung
des Telegraphen- und des Brief-Geheimnisses zur
Sprache. In beiden Fällen handelte es sich um
ein gesetzwidriges Vorgehen gegen Mitglieder des
Assistenten-Verbandes. Wiederholt hätten früher
obere Beamte Assistenten vor dem Eintritt zum
Verbande „gewarnt“, mit dem Bemerkten, es
handle sich hier um ihre Stelle. Gestern
habe sich der Staatssekretär auf einen
Privatbrief bezogen, der „der Postverwaltung in
die Hände gefallen“ sei. Ja, komme
dann das öfter vor, daß Privatbriefe der Verwal-
tung „in die Hände fallen“? Rechner macht dann
noch Mitteilung von verschiedenen Fällen, wo
Postassistenten außerordentlich unwillkürlich behandelt
worden seien.

Direktor Fischer erwidert, die Unterungung
werde in Bezug auf alle diese Fälle angestellt
werden.

Abg. Stöcker bezeugt den Postassistenten,
es seien tüchtige Männer. Die Maßregelung des
Assistenten-Verbandes sei nur allzu geeignet, diese
Leute anzufrieden zu machen. Er habe das Ge-
fühl, als sei die Postverwaltung diesem Verbande
gegenüber auf einen falschen Strang geraten.
Disziplin wünsche auch er, aber um diese zu
sichern, gebe es andere Wege, als dies Vorgehen
gegen den Verband. Daß sich die Assistenten zu
einem Verbande zusammenschließen, begreife er
vollkommen. Wenn der Verband auf der Linie
des Gesetzes bleibe, solle man dieses gesellschaf-
tliche Zusammenbündeln pflegen, statt es zu hindern.
Rechner wünscht sodann, daß die Deffnung der
Postbüreau an den Sonntagen Nachmittags von
5-7 Uhr eingestellt werde.

Staatssekretär v. Stephan bemerkt
hierzu, es schweben Ermittlungen, ob dieser
Nachmittagsdienst etwa durch einen Vormittags-
dienst von 12-1 Uhr ersetzt werden könne. Die An-
sichten darüber seien ganz außerordentlich ver-
schieden, auch in kaufmännischen Kreisen. Be-
merkt habe ihn die Stellung des Vorredners
zur Frage des Assistenten-Verbandes. Die Post-
verwaltung könne jedenfalls im Interesse der Dis-
ziplin ihre Haltung zum Verbande nicht ändern.
Der Staatssekretär sucht dann noch darzulegen,
daß die Vermögenslage des Verbandes theilweise
eine ungünstige sei.

Abg. Samhammer (freis.) richtet an den
Staatssekretär die Frage, wobei die enorme Höhe
des amerikanischen Postes für Pakete komme.
Ein Paket von 1 Kilogramm koste z. B. 4 Mark
50 Pf. Rechner verweist dabei auf den starken
Paketverkehr nach Amerika und betont die Noth-
wendigkeit einer Ermäßigung dieses Postes.

Staatssekretär v. Stephan: Der
Wunsch des Vorredners sei vollkommen gerecht-
fertigt, aber die Erfüllung desselben sei immer
noch nicht möglich, weil die Paketbeförderung in
Amerika sich nicht in staatlichen, sondern Privat-
händen befinde und man mit Privaten keine Ver-
träge abschließen könne.

Abg. Gröber (Ztr.) tritt ebenfalls für den
Postassistentenverband ein. Wenn auch einzelnen
Mitgliedern des Verbandes Vergehen gegen die
Disziplin nachgewiesen seien, was wolle das sagen
gegenüber einem Bestande von vielen Tausenden
von Mitgliedern. Sowohl die Urteilsbeschrän-
kungen, wie die anderweitigen von den verschiedenen
Vorrednern bemängelten Erlasse gegen den Ver-
band seien nicht zu rechtfertigen. Eine Parallele
zwischen dem Militär- und Postdienst liege nicht

zufällig. Die wirtschaftlichen Bestrebungen und
das Petitionrecht an den Reichstag sei den Post-
beamten nicht zu verbieten. So lange der Ver-
band sich auf dem Standpunkt des Rechts hält,
soll man ihn schützen und nicht verbieten.
Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen
Beratung.
Schluß nach 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 4. März.
Preussischer Landtag.
Abgeordnetensammlung.
45. Sitzung vom 4. März.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Das Haus setzt die zweite Etats-Beratung
mit dem Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-
Verwaltung fort und zwar beim Einnahmetheil
der Hütten.

Abg. Dr. Arendt (freis.) weist als Haupt-
ursache der Mindererinnung aus den Hütten die
Entwertung des Silbers nach, die nicht eine
Folge der Preussens-Verhältnisse, sondern ledig-
lich eine Folge der Weltbewegung ist. Wie können
die Schmelzungen des Nationalbanknotens durch
die Silberentwertung auf eine Milliarde und den
jährlichen Schaden auf 20 Millionen berechnen.
Das sollte doch die Reichsregierung veranlassen,
eine Prüfung unserer Verhältnisse in An-
sicht zu bringen; mit der Goldwährung wer-
den wir im Falle einer Finanzkrise oder eines
Krieges sofort den Zwangswechsel haben. Zeitungs-
nachrichten zufolge veranlasse die Regierung Er-
hebungen über den Umfang der Goldproduktion,
erwünschte wären auch Erhebungen über die
Silberproduktion. An vielen Orten, so nament-
lich in Bayern, haben die Goldschmelzer mit der
Goldwährung schlechte Erfahrungen gemacht. Die
Silberwährung ist nicht nur eine agrarische
Frage, sie ist auch eine Frage der Industrie, die
an Exportfähigkeit nach dem Silberknoten in
Folge unserer Goldwährung große Summen ver-
loren hat.

Abg. v. Cnurn (natl.): Die Berechnun-
gen des Vorredners über die Schmelzungen des
Nationalbanknotens sind ganz willkürlich und
berechnen nichts. Zu bemerken ist mir, daß die
Regierung im Jahre 1879 sich nicht entschließen
konnte, den Thalerwerth zu verkaufen. Die
finanzielle Preisfestlegung zwischen Gold und
Silber ist auf die Dauer demutzugete gar nicht
durchführbar. Die Goldwährung hat sich bei uns
ganz zu behauptet, geschäftliche Kosten darf man
nicht auf Rechnung der Währungsfrage legen.
Deutschland kann in dieser Frage gemeinsam mit
England vorgehen. In England haben zahlreiche
Geschäftsleute Verbindungen mit Silberländern;
England hat also so das größte Interesse an der
Hebung des Silberwerthes und es wäre verwerf-
lich von uns, wollten wir auf unsere Kosten
leichtlich für England die Silberländer aus dem
Feuer holen. Die Berliner Industrie hält sich
zur Goldwährung, wie mir die Handelskammer
noch kürzlich mitgeteilt hat, und im einzigen
Parlament hat der Vornachlass von wenigen
Tagen eine so gründliche Niederlage erlitten, daß
man die Kühnheit des Herrn Arendt hier mit be-
wundern kann.

Minister v. Berlepsch: Eine von mir er-
lassene Anordnung über den Umfang und die Art
der Goldgewinnung, die durch das Ansehen von
Gold in unseren afrikanischen Besitzungen bein-
halten, Untersuchungen anzustellen und ein Gut-
achten der Bergakademie zu erwirken, ist in vol-
ständiger Weise so gedeutet worden, als habe die Re-
gierung ihren bisherigen Standpunkt zur Wäh-
rungsfrage geändert. Das ist nicht richtig. Der
Zweck dieser Anordnung ist nur, über die Gold-
gewinnung nicht nach Hypothesen, sondern nach
festen, wissenschaftlich erprobten Grundsätzen ur-
theilen zu können.

Abg. Dr. Arendt (freis.) bleibt bei seinen
bimetallistischen Ansichten. Die Menge des vor-
handenen Silbers ist gar nicht so groß, auch die
Silberproduktion wird gewöhnlich übertrieben dar-
gestellt. Die Verhandlung im englischen Unter-
haus ist ein Erfolg der Silberwährungs-Ange-
legenheit, deren Zahl dabei größer erwies, als je
zuvor. Die Mitteilung der Berliner Handels-
kammer beweise nichts gegen die Silberwährung;
die Elberfelder Handelskammer sehe wahrschein-
lich auf einem anderen Standpunkt.

Abg. Dr. Meyer (Ztr.) kann einen
Grund für die heutige Debatte nicht einsehen;
wir können doch keinen Beschluß fassen darüber,
was das englische Parlament thun soll. Das
Verhältniß zwischen Gold und Silber ist seit
den ältesten Zeiten schwankend gewesen und der
Rückgang des Silberwerthes ist seit dem An-
fange des vorigen Jahrhunderts ein stetiger gewesen.
Sehr zureichend sagte Gladstone, daß ein leichter
Schlag genügt, um ein Pferd ins Wasser zu treiben,
aber 20 Männer sind nicht im Stande, das
Pferd zum Saufen zu zwingen. So ist's auch
mit den Währungsfragen. Zusammengekommen
sind die Herren, Beschüsse haben sie auch gefaßt,
aber nicht ausgeführt. Saufen wollte keiner!
(Heiterkeit.)

Abg. v. Cnurn (natl.) warnt namentlich
die Landwirtschaft vor der Doppelwährung. Die
unmittelbare Folge einer Remonetisierung des Sil-
bers würde eine Kündigung zahlreicher ländlicher
Hypotheken sein.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) kann dem
Standpunkt seines Fraktionsgenossen v. Cnurn
nicht ganz zustimmen. Gerade vom Handels-
standpunkt aus sollte man den Doppelwährungs-
bestrebungen entgegenkommen. (Hört, hört!) Es
ist bedauerlich, daß die Reichsregierung den Wün-
schen nach Remonetisierung des Silbers so apathisch
gegenübersteht. Es ist übrigens nicht richtig, daß
früher die Werthschwankungen zwischen Silber
und Gold so bedeutend gewesen wären, wie heute.
Die Goldwährung ist heute nur nützlich für ein
Land mit glücklicher Zahlungsbilanz. Allerdings
kann Deutschland Schritte in der Währungsfrage
nur thun, wenn es die bündigsten Erklärungen
und Garantien von England erhält.

Die Debatte schließt. Die Positionen
„Hütten“ werden bewilligt.
Bei den Positionen „Salzwasser“ erörtert der
Abg. Schütz (Ztr.) die glücklichen
Verhältnisse der Kammerfabrikation. Der zwischen
der preussischen und anhaltischen Regierung be-
stehende Raktirung habe günstig gewirkt. Die
Thätigkeit des Bergamanns sei dem Landmann
zu gute gekommen. Vor dem Gebrauch neuer

Kalifalze, wie sie vielfach in den Handel kommen,
müsse gewarnt werden; die Landwirthe sollten
jedenfalls vorsichtig sein und die Kosten einer
Analyse bei solchen neuen Produkten nicht scheuen;
auch die landwirtschaftlichen Vereine haben diese
Pflicht. Der Herr Minister aber möge nicht müde
werden, seine Interessen der Landwirtschaft zuzu-
wenden und für die nötigen Mengen Kalifalze
zu sorgen für billigen Preis.

Minister v. Berlepsch: Der Kaligewinn-
nung wird allerdings große Aufmerksamkeit zuge-
wendet; gegenüber dem Verzuge, die östlichen
Gegenden und ihre Landwirtschaft bei der Zu-
sendung von Kalifalzen durch Staftellarien zu be-
vorzugen, haben sich Schwierigkeiten ergeben; nicht
minder schwierig wäre es sein, die Kaligewinn-
nung zu einem Staatsmonopol zu machen. Eine
Notwendigkeit hierfür liegt auch nicht vor, denn
die Kalibörse sind eine besondere Eigentüm-
lichkeit unseres vaterländischen Bodens; allerdings
werde ich es mir anlegen sein lassen, diese Sache
möglichst unserer heimischen Landwirtschaft zu
erhalten.

Abg. Freiherr v. Münnigerode (Natl.)
(kons.) dankt dem Minister für sein der Land-
wirtschaftliches Interesse.
Die Positionen der „Salzwasser“ werden be-
willigt.

Abg. v. Münnigerode (Natl.) (kons.)
kritisiert die Gewerbeberichte (für deren Einrichtung
die nötigen Summen gefordert werden) und hält
dieselben für nicht sehr geeignet. Bei den Arbeit-
nehmern werde das, wenn nicht alle Entscheidungen
zu ihren Gunsten ausfallen, die Meinung ent-
stehen, die Sache lauge nicht. Eine zureichende
Notwendigkeit für diese Einrichtung liegt nicht
vor. Das Auftreten des Ministers gegen die
Mitglieder des Reichstages scheint wenig
zweckmäßig; es müßte den Arbeitern klar gemacht
werden, daß sie kein Recht auf Arbeit besitzen.
Alle diese Einrichtungen kommen nur der sozial-
demokratischen Partei zu gute. Wir werden des-
halb gegen die Forderung für Vergewerbergerichte
stimmen, um nicht das schädliche Solidaritäts-
gefühl der Arbeiter zu stärken.

Abg. Nitz (Zentr.) bemerkt, daß die kon-
servative Partei, die früher Gewerbeberichte for-
dert, jetzt gegen dieselben auftritt. Haben diese Gerichte
Mängel, so soll man diese beseitigen, aber wo die
Gerichte verlangt werden, soll man sie nicht ver-
werfen. Die Arbeiter werden an Heftigkeit bei
ihren Agitationen erhöhen, je mehr sie zu prakti-
schen politischen Arbeiten herangezogen werden.
Die Stellungnahme des Abg. von Münnigerode
widerstreicht das Geiste unserer Sozialpolitik und
namentlich der November-Verfassung.

Abg. Dr. Ritter (natl.) ist der Meinung,
daß die Einrichtung von Gewerbeberichten gegen-
wärtig ein Waagnis ist, etwas Gutes werde bei
diesen Ausnahmegerichten nicht herauskommen;
man braucht sie jedenfalls nicht zu provozieren.
Die Disziplin unter den Arbeitern ist vielfach ge-
lockert (sehr richtig). Da ist es doppelt bedeu-
tend, solche Gerichte einzuführen. Rechner ver-
weist die Gewerbeberichte zuerst hier in dem be-
sonderen Falle, wie auch im Allgemeinen. Die
Arbeiter sind jetzt durch Beschäftigungen mit-
telschwer gemacht, gleichviel ob diese Beeinflussung
von vorher oder später kam; wenn die
Ruhe hergestellt sein wird, dann können wir uns
wieder mit der Sache befassen.

Minister v. Berlepsch: Wollen wir
warten, bis die sozialdemokratischen Agitatoren zu
Einseitigen geworden sind, so müssen wir die An-
gelegenheit ad eundem gradum vertragen. Die
Angriffe der Vorredner richteten sich nicht gegen
die beschuldigte Einrichtung, sondern gegen das
Reichsgesetz. (Sehr richtig!) Wenn man nicht
jeden sozialpolitischen Schritt verurtheilen will,
kann man von einer Lockerung der Disziplin
durch die Gewerbeberichte nicht reden. Bei den
Umfragen der Behörden haben sich die Unter-
nehmer mit geringen Ansätzen für die Ein-
führung der Vergewerbergerichte erklärt (hört
hört!). Im Reichstage stand der Vertreter der
konservativen Partei sogar auf dem Standpunkte,
daß die Schiedsgerichte obligatorisch sein sollten.
Wollte man der sozialdemokratischen Agitation
gegenüber lediglich die Hände in den Schoß legen,
so wäre das einfach unverzeihlich. Die Gewerbe-
gerichte müssen ihre Mängel haben, aber für den
Arbeiter haben sie den Vortheil schneller Aufzähl.
Um die Unparteilichkeit der Gerichte zu wahren,
werden wir keinen Betriebsbeamten zum Vor-
sitzenden machen, wenn das Gericht über Streitig-
keiten der Arbeiter mit der Betriebsverwaltung zu
entscheiden hat. Eine einfache Ablehnung
gegenüber den Arbeiterforderungen würde mit der
neueren sozialpolitischen Richtung unserer Gesetz-
gebung nicht vereinbar werden können; auch die
konservative Presse, so namentlich die „Rechts-
Zeitung“ ist in ihren Forderungen weiter gegangen
als die Regierung, jene verlangte, z. B. obli-
gatorische Arbeiterausbildung. Daß Herr v. Münni-
gerode die Position ablehnen will, ist weniger zu
begründen, als seine Stellungnahme gegenüber dem
Reichsgesetz und sein Widerspruch mit seinen
Fraktionsgenossen im Reichstage. Werden die
Gewerbeberichter hier abgelehnt, so gehen da-
mit viele Vorzüge verloren, auf welche die Re-
gierung Werth legt und die nicht eingeführt wer-
den dürfen, wenn die Gemeinden die Errichtung
in die Hand nehmen.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Rest des Berg- u. Etats
und Etat der Aufstellungskommission.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 4. März. Der Kaiser und die
Kaiserin unternahmen am heutigen Vormittag
eine gemeinsame Spazierfahrt und einen gemein-
schaftlichen Spaziergang im Tiergarten. Nach
dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, hörte der
Kaiser den Vortrag des Chefs des Generalstabes
der Armee, Grafen v. Schlieffen II., arbeitete mit
dem General-Adjutant v. Dabne und nahm hier-
auf Mittags militärische Meldungen entgegen.

Der Großherzog von Toskana hatte am
heutigen Vormittag ohne alle Begleitung einen
Spaziergang vom Schlosse aus durch die Straßen
der Stadt unternommen, von welchem er nach
einer kurzen Stunde wieder zum Schlosse zurück-
kehrte. Darauf begab sich der Großherzog nach
Potsdam, um daselbst in der Friedenskirche am
Sarge Kaiser Friedrichs III. einen prachtvollen
Sargebaum niederzulegen. Solter statete der

Großherzog alsdann auch noch den zur Zeit in
Potsdam weilenden Mitgliedern der königlichen
Familie seine Besuche ab, nahm einige Lebens-
würdigkeiten in Augenschein und lehrte hierauf
um 1 Uhr 35 Minuten von Potsdam nach Ber-
lin zurück. Nach erfolgter Ankunft hier selbst be-
gab sich der Großherzog direkt nach der hiesigen
österreichisch-ungarischen Botschaft, um einer Ein-
ladung des Botschafters Grafen Szeghnyi zur
Tafel zu entsprechen. Hierauf begab sich der
Großherzog nach Charlottenburg, um dort im
Majoliksaal am Sarge Kaiser Wilhelms I. eben-
falls einen prachtvollen Sargebaum nieder-
zulegen.

Königsberg i. Pr., 4. März. (B. Z.
B.) Der Hafen von Pillau ist eisfrei.
Posen, 4. März. (B. Z. B.) Die Warthe
steigt ununterbrochen und hat bereits die tiefer
gelegenen Straßen überflutet, so die Schiffer-
wege, die Fischerei und die niedrig gelegenen
Strassen der Wallstadt. Es werden überall Kauf-
brücken errichtet.

Samburg, 4. März. (B. Z. B.) Die
Cholera-Kommission des Senats theilt mit, daß
durch die bakteriologische Untersuchung heute eine
Erkrankung an Cholera nachgewiesen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. März. Seit der letzten, gegen die
Gegen verhältnißlichen Parlamentäre Plener wird
allerlei über eine bevorstehende Verfassung
zwischen Deutschen und Ungarnen gesprochen
in Wahrheit ist hierfür kein Boden vorhanden.
Plener hat schon oft vorher verhältnißlich ge-
sprochen, ohne daß ein Resultat daraus sich ergeben hätte.
Ein parlamentärer Freund Pleners, der
Abg. Semmaringa, erklärte gestern im Bürger-
verein, eine deutsch-ungarische Verbindung
sei vorläufig eine Utopie; vorerst müßte der
nationale Ausgleich geschaffen werden, das böhmische
Staatsrecht müßte aufgegeben werden, die
Deutschen mit den Rungesetzten sich vereinigen
können.

Belgien.

Brüssel, 2. März. Der Gerichtshof in Ver-
viers hatte vor Kurzem erkannt, daß die Brief-
taubensteuer als Havariedruck anzusehen sind
und demgemäß keine Klage wegen Geldfreitragten,
welche aus diesen Klagen herrühren, zulässig ist.
Hierüber herrschte unter den Brieftaubenbesitzern
große Erregung und sie haben mit nicht geringer
Spannung der Entscheidung des Zivilgerichts im
Tournai entgegen, das in Folge eingeleiteter Ver-
rufung als Appellationsgericht die Streitfrage
entscheiden mußte. Das heute verlesene Erkennt-
nis in Tournai schließt sich voll dem Urtheile des
Gerichtshofes in Verviers an und erklärt die
Brieftaubensteuer gleichfalls für Havariedruck,
also jede Klage für unzulässig.

Frankreich.

Paris, 1. März. Der Geheime Rat über
das Kolonialheer, der seit langer Zeit zwischen
dem Ministerium, der Kammer und dem Senat
hin und her wandert, ist gestern von der Kammer
angenommen worden. In dem Maße, in welchem
Frankreich seine überseeischen Besitzungen ver-
mehrt, werden auch die kleinen und größeren
Kriege mit wilden oder halbgebildeten Völkern
zahlreicher und macht sich die Nothwendigkeit
immer mehr geltend, stets eine genügende Anzahl
leicht beweglicher Truppen zur Verfügung zu
haben, die man nach Bedarf bald hierhin, bald
dorthin „in den Busch“ schicken kann. Grund-
sätzlich war bisher nur überseeische Dienste, so-
weit er nicht von der Flotte befehrt werden konnte,
die Marine-Infanterie bestimmt. Aber auch nur
armbefähigt. Sollte eine größere Anstrengung
nötig werden, müßte die Fremdenlegionen herbeige-
rufen werden, und reichte diese auch nicht aus, so hätte
— wie im Konfliktfeld — das Einberufen einzufrun-
gen, wobei man nach der berühmten Methode
der „kleinen Bäckchen“ verfuhr: das heißt
man nahm alle Regimenter mehr oder minder
tief ab, sprechte diese aus allen Gegenden des
Landes zusammengefügten Häufchen in den Ein-
schiffungshäfen zusammen und schickte sie vor den
asiatischen oder afrikanischen Feind als loses
Menschengemisch ohne Zusammenhang und
Gall. Der Nachtheil dieser Methode war, daß
die Soldaten in unglückliche Bedingungen für
einen Feldzug verpackt und die Regimenter, die
sie abzugeben hatten, arg zerrüttet und schwäche-
ten. Im Fall einer plötzlichen Mobilmachung würde
sich das System der „kleinen Bäckchen“ überdes
noch als besonders störend erweisen. All diesen
Uebelständen soll durch Aufstellung eines besondern
Kolonialheeres abgeholfen werden. In die
Marine-Infanterie wurden bisher die sogenannten
„schlechten Nummern“ getheilt; das heißt diejeni-
gen Dienstpflichtigen, die bei der Einstellung die
niedrigsten Nummern zogen. Jährlich traf
11 000 von den ausgehobenen Jünglingen das
Loos, sich dem schwierigsten und ungesundesten
Dienste zu widmen, ihrem Erhalten und
Todesfälle ungefähr vierzehnmal häufiger sind, als
in den heimischen Standorten. Das neue Gesetz
schafft diese Ergänzungsorte ab. Die Marine-
Infanterie soll sich nur durch freiwilligen Ein-
tritt ergänzen. Das Gesetz folgt vorsichtig hinzu:
Falls sich nicht genug Freiwillige melden, um
den Truppenstand auf der vorgesehenen Höhe zu
erhalten, so sollen die Lücken durch Abtheilungen
der Fremden-Legion ausgefüllt werden. Der Fall
wird sicher eintreten. Frankreich wird kaum
11 000 Freiwillige jährlich für das Kolonialheer
liefern, namentlich wenn man sie nicht durch hohen
Sold locken will, was Herr Carnaud vorgeschla-
gen, die Kammer aber mit theatralischer Ent-
schiedenheit abgelehnt hat. Es wird also praktisch
ungefähr alles bleiben, wie es ist, das heißt die
Fremdenlegionen wird die Kriegsarbeit in den Tropen
für Frankreich zu befehlen haben. Von den
10 600 Mann, die die Fremdenlegionen derzeit zählt,
sind etwa 6000 in Tonkin. Ungefähr der ganze
Rest bis auf einige Stammkompanien kämpfte
in Dahomey. Die Verluste der Truppe waren in
den letzten Jahren sehr groß und das Verbe-
gericht geht mit größter Thätigkeit von Statten.
Künftig wird man es noch eifriger betreiben als
bisher. Das dürfte der einzige Erfolg der Be-
stimmung sein, welche die Franzosen von der
Pflicht befreit, in den überseeischen Besitzungen
zu dienen.

Bordeaux, 4. März. (B. Z. B.) Das
Schwurgericht verurtheilte den früheren Ab-
ministrateur der „Republique française“, Den-
drouff, welcher Rabinal in der „Garde“ befehligte

atte, von dem Credit foncier 300,000 Francs für die „Republique française“ verlangt zu haben, bei drei Monaten Gefängnis und den Herausgeber „Cocarde“ zu 100 Francs Geldstrafe.

Italien.

Rom, 4. März. (B. T. B.) General von Los hat vergangene Nacht die Rückreise nach Berlin angetreten.

Spanien und Portugal.

Madrid, 3. März. Die Wahlbewegung ist in vollem Gange und der Wahlkampf sehr heftig, besonders in den 33 Wahlkreisen, wo die konservativen Republikaner den übrigen Oppositionsgruppen die vom Ministerium raten die Minoritäten reservierten Sitze freitrag machen wollen. Der Kampf ist ebenfalls sehr lebhaft in Navarra und in den baskischen Provinzen, wo die Karlisten sehr an der Arbeit sind. Um eine Spaltung unter den Monarchisten zu vermeiden, so haben die orthodoxen Konservativen beschlossen, keine Kandidaten in Madrid aufzustellen, wo zwischen den konservativen Republikanern und den offiziellen Kandidaten ein erbitterter Kampf geführt wird; die offiziellen Kandidaten werden nämlich von den konservativen Dissidenten unterstützt und haben, dank den 26,000 Staats- und Municipal-Angestellten, welche auf den Wählern der Hauptstadt unter 118,000 eingeschriebenen Wählern figurieren, große Wahrscheinlichkeit für sich, den Sieg davonzutragen.

Die Feuersbrünste, welche gestern in der Rue d'Albion wüthete, hat viel größere Verwüstungen angerichtet, als man ursprünglich angenommen hatte und leider ist auch die Zahl der Menschen, welche auf ein bedenkliches Schicksal verurtheilt sind, auf eine betrübende Höhe gestiegen. Die Zahl der in den Flammen umgekommenen oder an den Folgen von Verletzungen gestorbenen Personen beträgt vier. An Banknoten der spanischen Bank sind etwa für eine halbe Million zu Grunde gegangen. Die eingeleitete Untersuchung hat über die Ursache des furchtbaren Brandes Bestimmtes noch nicht zu Tage gefördert, jedoch glaubt man allgemein an böswillige Brandstiftung.

Großbritannien und Irland.

London, 3. März. Die verschiedenen Parteien beginnen gegenüber dem Home-Rule-Projekt ihre Stellung zu nehmen. Die Konservativen und Unionisten haben ein gemeinsames Amendement ausgearbeitet, dessen Text die „Morning Post“ veröffentlicht; dieses Amendement erklärt, daß die Kammer der Gemeinen bereit sei, das Projekt, welches Irland die administrative Autonomie geben wolle, einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, daß die Kammer aber nimmermehr ihre Zustimmung zur Bildung eines unabhängigen irischen Parlaments, welches eine Gefahr für das Königreich und für die Schwesterninsel selbst bilden würde, geben könne. Dagegen sind die Antiparnellisten entschlossen, die Regierung in allen Fragen, denen dieselbe eine besondere Bedeutung beilegt, thätig zu unterstehen. Diese Haltung der Antiparnellisten ist verständlich, wenn man bedenkt, daß mehrere Fraktionen der Majorität ernstlich daran denken, gewisse Fragen vor der irischen Autonomie dem Vorgesetzten zu geben. Um eine unbestimmte Verzögerung des Home-Rule zu vermeiden, haben die Parnellisten beschlossen, ohne Rücksicht auf alle Punkte, welche einen Theil des liberalen Programms ausmachen, bei der Abstimmung ihre Zustimmung zu geben.

In der Kammer der Gemeinen fragte Graham, ob die Regierung anlässlich der Besetzung der Bergueisen-Insel durch Frankreich irgend eine Information erhalten habe. Sir E. Grey antwortete, daß die Regierung von irgend einer Information außer der durch die Zeitungen veröffentlichten nichts wisse. Ein Mitglied der Opposition leitete die Aufmerksamkeit der Kammer auf die in der Grafschaft Clare herrschende Unsicherheit, wo das Leben und der Besitz der dortigen Bewohner keinen genügenden Schutz mehr hätte. John Morley antwortete, daß der Zustand in der Grafschaft Clare weniger ungünstig sei, als unter der vorhergehenden Regierung.

In der Kammer der Lords schlug der Bischof von Chester die erste Lesung eines Gesetzesprojekts über den Kleinverkauf von Alkohol vor. Darnach sollte ein bestimmter Prozentsatz der Einnahmen des nach einem bestimmten System untergeordneten Kleinverkaufs alkoholischer Getränke zu Unternehmungen von öffentlichem Interesse verwandt werden. Nach einer zweifelhafte nicht besonders bemerkenswerthen Debatte wurde die Bill in erster Lesung angenommen. Lord Kimberley gab seiner lebhaften Vertheiligung über diese Bill Ausdruck, welche eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Trunksucht sei.

London, 4. März. (B. T. B.) Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ aus Kalkutta hat der Maharadscha von Mysore dem Papste wertvolle Geschenke zu seinem Bischofsjubiläum überandt.

Der Oberbefehlshaber von Indien, Lord Roberts, tritt am 8. April von dem Oberkommando zurück.

Cardiff, 4. März. (B. T. B.) Die Arbeiter in den Kohlengruben von Forest of Dean haben in Folge einer zehnprozentigen Lohnerabsetzung den Streik erklärt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. März. Am gestrigen Sonn-

abend beging die höhere Mädchenschule des Herrn Dr. Wegener ihr Schulfest im Saale der Loge zu den drei Zirkeln und waren Angehörige der Kinder und Freunde der Anstalt sehr zahlreich der dazu ergangenen Einladung erfolgt. Das Fest bot ein sehr reiches Programm, durch welches den Schülerinnen der oberen Klassen Gelegenheit geboten wurde, ihre in der Schule erworbenen Kenntnisse zu zeigen. Ein Vorspiel in deutscher Sprache eröffnete das Fest und fanden die Darstellerinnen, welche prächtig gelernt hatten und ausdrucksvoll deklamirten, schon damit lebhaft Anerkennung, welche auch die beiden Schwestern verdienten, die demnach die Duetten „Martha“ zum Vortrag brachten. Es folgte eine französische Comédie „L'embarras“, von acht Schülerinnen dargestellt, welche die ihnen gestellte schwierige Aufgabe auf das Beste lösten, denn durchweg befriedigten sich dieselben einer flotten Sprache und verständnisvoller Accentuirung. Als musikalische Abwechslung brachte das Programm sodann die Sinfonie von Beethoven in besser Ausführung, an diese schloß sich die Aufführung eines englischen Stückes „The Quareel of the Flowers“ und die 10 Schülerinnen der Oberklasse, welche dasselbe zur Darstellung brachten, verdienten mit Recht den regen Beifall, welcher ihrer Leistungen gesollt wurde. Ein überaus anmuthiges Bild bot sodann ein äußerst geschickt arrangirter Blumenweigen, sowie ein Schlußspiel „Zuenerleben“. Der Leiter der Anstalt, sowie Lehrerinnen und Schülerinnen können mit dem Erfolge dieses Schulfestes zufrieden sein, dasselbe hat neben einer interessanten Unterhaltung auch eine willkommene Anregung des Geistes gebracht, wobei die Schülerinnen in reizender Form eine Prüfung ihres Könnens ablegten.

Wir machen unsere Leser auf den als Beilage zu unserm heutigen Blatte abgedruckten Prospekt der Kommission für Einrichtung von Gefängnisstätten für indisciplinirte Jünglinge in der Regierungsbezirk Stettin noch besonders aufmerksam.

Der Arbeiter Wilhelm Heynke zu Stargard i. Pomm. hat am 11. Januar d. J. den 7jährigen Sohn des Maschinenwärters Bischoff, Otto, welcher von dem Eise der Bahn in eine offene Stelle gerathen war, mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird seitens der hies. Regierung mit dem Hingehen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Retter eine Geldprämie bewilligt worden ist.

Im Circus Corty-Althoff findet am heutigen Sonntag die erste Nachmittags-Vorstellung statt, bei welcher jeder Erwachsene das Recht hat, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen. Am Abend findet eine große Extravaganza-Vorstellung statt, bei welcher das große historische Fest, angeführt vom gesamten Personal, zur zweiten Aufführung gelangt.

In der Woche vom 19. Februar bis 25. Februar kamen im Regierungsbezirk Stettin 14 Erkrankungen und 26 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten trat wieder Diphtheritis (Kroup) auf, woran 55 Erkrankungen und 18 Todesfälle zu verzeichnen waren, davon 11 Erkrankungen (4 Todesfälle) in Stettin. Sodann folgen Masern mit 24 Erkrankungen, davon 15 in Stettin. Am Rindstieber erkrankten 6 Personen (5 Todesfälle), davon 2 (4 Todesfälle) in Stettin, an Scharlach 5 Personen (2 Todesfälle), davon 2 Personen (1 Todesfall) in Stettin und an Darm-Typhus 4 Personen (1 Todesfall).

Am 8. September 1892 erschien im „General-Anzeiger“ eine Annonce, durch welche der Althändler Max Pante unter mehrfachen Hinweis auf die damals in Hamburg herrschende Cholera sein Geschäft in empfehlende Erinnerung brachte. Diese Annonce zog sowohl Herrn Pante, als auch dem verantwortlichen Redacteur des General-Anzeigers, Herrn Johannes Krowitzky, eine Anklage wegen groben Unfugs zu und wurden dieselben vom hiesigen Schöffengericht zu je 30 Mark Geldstrafe, event. 6 Tagen Haft verurtheilt. Beide legten gegen das Erkenntnis Berufung ein und hatte sich daher gestern die vierte Extra-Sitzung des Landgerichts mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Gerichtshof erklärte auf Verurteilung der Berufung, da schon im Zusammenhange der Cholera mit einer Klame für alle Kleider ein großer Unfug liege. In Anbetracht der hierbei gewählten Form sei nur zu bedauern, daß Herr Pante nicht eine empfindlichere Strafe getroffen habe.

Eine höchst beachtenswerthe Erfindung hat Herr Schlossermeister Wilhelm Brand von hier mit einer neuen Brunnennell-Bohrer-Lösung gemacht. Durch besondere Vorrichtungen geschieht die Beförderung des Wassers leicht und schnell, dasselbe wird dabei stets rein und kühl erhalten. Die Kosten sollen sich erheblich niedriger stellen als der jetzt hier übliche Wasserzins. Die Erfindung ist bereits zum Patent angemeldet, falls dieselbe sich bewährt, dürfte deren Einführung die häufigen Klagen über schlechtes Trinkwasser erheblich vermindern.

Der Bauwart Urban in Straßund ist zum Regierungs- und Bauwart ernannt; dem Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspcctor Saggameyer in Stettin ist der Charakter als Bauwart verliehen.

In der hiesigen Volksschule wurden in der Woche vom 26. Februar bis 4. März 3456 Portionen verabreicht.

Vermischte Nachrichten.

Königliche Maschinenbau-Schule zu Dornmund besteht aus 2 Abtheilungen, einer technischen Mittelschule und einer Werkmeister-Schule. Die technische Mittelschule soll Betriebsanwärter für die Maschinenindustrie und für verwandten Fächer, sowie Maschinenführer für Konstruktionsbüros heranzubilden und künftigen Besitzern und Leitern maschinentechnischer Anlagen die Gelegenheit zum Erwerb der erforderlichen technischen Kenntnisse und Fertigkeiten geben. Neue Schüler werden Ende April aufgenommen. Sie sind dem Director in der Zeit vom 1. März bis 15. April anzumelden. Der in der technischen Mittelschule Aufzunehmende muß das Berechtigungszeugnis zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzen und zwei Jahre in der Praxis beschäftigt gewesen sein. Die Schule besteht aus 2 Klassen, jede mit einjähriger Dauer. Das halbjährliche Schulgeld beträgt 50 Mark. Die königliche Werkmeister-Schule für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und Hüttenleute bietet künftigen Werkmeistern und kleineren Fabrikanten, die im eigenen Geschäft mitarbeiten, Gelegenheit, sich die nöthigen theoretischen Kenntnisse und die erforderliche Fertigkeit im Zeichnen zu erwerben. Neue Schüler werden im April und im October aufgenommen. Diese Schule besteht aus vier Klassen, jede Klasse mit einem halbjährlichen Kursus. Der in die Schule Aufzunehmende muß eine gute Volksschulbildung und eine vierjährige praktische Thätigkeit nachweisen. Das halbjährliche Schulgeld beträgt 30 Mark. An der Gesammanstalt unterrichten 18 Lehrer, darunter 10 Fachlehrer.

Börsen-Berichte.

Posen, 4. März. Spiritus loco ohne Faß 50r 51,10, do. 70r 31,60. Fester. — Wetter: Sehr schön.

Magdeburg, 4. März. Zuckerbericht. Kornzucker exkl. von 92 Procent 15,20. Kornzucker exkl. 88 Procent Rendement 14,50. Nachprodukte exkl. 75 Procent Rendement 11,50. — Brod-Raffinade I. 27,75. Brod-Raffinade II. 27,50. Gemahlene Raffinade mit Faß 28,00. Gem. Mehl I. mit Faß 26,25. — Rohzucker. I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per März 14,10 bez., 14,12 1/2 B., per April 14,20 bez., 14,22 1/2 B., per Mai 14,32 1/2 B., 14,35 B., per Juni 14,45 bez., 14,47 1/2 B. Ruhig, stetig.

Köln, 4. März. Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,30, per Mai 16,60. Roggen hiesiger loco 14,25, do. fremder loco 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer hiesiger loco 14,75, do. fremder loco 15,50, per März 14,50, per Mai 14,00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 4. März. Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per März 84,25, per Mai 82,00, per September 81,75, per Dezember 80,25. — Ruhig.

Hamburg, 4. März. Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.c. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per März 14,10, per Mai 14,35, per September 14,35, per Dezember 13,00. Ruhig.

Reit, 4. März. Vorm. 11 Uhr. Probenmark. Weizen loco preisbehaltend, per Frühjahr 7,36 G., 7,37 B., per Herbst 7,41 G., 7,50 B. Hafer per Frühjahr 5,57 G., 5,59 B. Mais per Mai-Juni 4,71 G., 4,71 B. Rohraps per August-September 11,85 G., 11,95 B. — Wetter: Schön.

Paris, 4. März. Getreidemarkt. (Anfangs-Bericht.) Weizen loco per März 47,40, per April 47,60, per Mai-Juni 48,00, per Mai-August 48,40. Spiritus ruhig, per März 47,50, per April 47,75, per Mai-August 47,50, per September-Dezember 43,75. Wetter: Schön.

Paris, 4. März. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen loco per März 58,75, per April 59,00, per Mai-August 60,00, per September-Dezember 60,25. Weizen ruhig, per März 47,30, per April 47,60, per Mai-Juni 48,00, per Mai-August 48,40. Spiritus ruhiger, per März 47,50, per April 47,75, per Mai-August 47,50, per September-Dezember 43,75.

Havre, 4. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 106,25, per Mai 103,75, per September 103,25. Fest.

Butter-Wochen-Bericht.

von G. Brückner & Lehmann u. Co., 23, 6, Luisenstraße 43—44. Bei ruhigem Marktegeschäft und mangelnden auswärtigen Aufträgen haben die Preise in dieser Woche keine Veränderung erfahren. Wir behalten an Produzenten franko Berlin (alles per 50 Kilogramm): Für feine und feinsten Sahnenbutter von Gütern, Milchpasturungen und Gensschaffungen: Ia. 90—102, IIa. 95—98, IIIa. —, abfallende 90—94 Mark.

Landbutter: Preussische und Vintauer 83—86, Mecklische 83—86, Pommersche 83 bis

86, Polnische —, Bairische Semm. Bairische Land- 83—86, Schleffische 83 Galizische 77—80 Mark.

Biehmarkt.

Berlin, 4. März. (Städtischer Bericht der Direction.) Heute, am ersten am Sonnabend abgehaltenen Markt, fanden zum Verkauf: 4630 Rinder, 8521 Schweine, darunter am Seidenhof 246 Balouier, 2110 Kälber, 9290 Hammel.

Der Rinderhandel gestaltete sich bei dem reichlich starken Auftrieb langsam. Bessere Waare hielt ungefähr die Preise des letzten Marktes. Circa 2200 Stück gehörten der 1. und 2. Klasse an. Der Markt wird nicht geräumt. 1. Qualität 55—58 Mark, 2. Qualität 47—52 Mark, 3. Qualität 40—45 Mark, 4. Qualität 34—38 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Der Schweinehandel in unbedeutender Waare verlief trotz verhältnismäßig starken Exportes äußerst schleppend, die Preise gingen zurück und es verblieb Ueberfluth. 1. Qualität 57—58 Mark, zu Anfang des Marktes ausgesuchte Kosten auch darüber, 2. Qualität 55—56 Mark, 3. Qualität 50—54 Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara. Balaier blieben ohne nennenswerthen Umsatz.

Das Kälbergeschäft hatte bei dem sehr starken Auftrieb sehr matten schleppenden Verlauf mit erheblichem Rückgang der Preise, doch wird ausgetauscht. 1. Qualität 54—58 Pf., ausgesuchte Waare darüber, 2. Qualität 48—53 Pf., 3. Qualität 35—47 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.

Nach der Hammelmarkt wickelte sich sehr schleppend ab, doch blieben die Preise unverändert und der Ueberfluth stand nicht groß. 1. Qualität 37 bis 40 Pf., beste Kälber bis 44 Pf., 2. Qualität 32—36 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.

Briefkasten.

Antworten werden nur ertheilt, wenn sich die Fragesteller als Abonnenten ausweisen. — Annahme Anfragen und Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Nur diejenigen Anfragen, welche bis Freitag bei der Redaktion eingehen, finden in der nächsten Sonntagsnummer Berücksichtigung.

3. B. B. St. 56. Wenn binnen zehn Jahren von dem Leben oder dem Tode des Abwesenden keine Nachrichten eingegangen sind, so kann nach dem Allg. Landrecht auf seine Todeserklärung angetragen werden; die Verfügung, auf diese Todeserklärung anzutragen, kommt den nächsten Verwandten des Abwesenden zu. Der zehnjährige Zeitraum ist von dem Tage, da die letzte Nachricht eingegangen, oder wenn gar keine Nachricht eingegangen, von der Zeit an, da der Abwesende sich entfernt hat oder vermuthet worden ist, zu rechnen. Ist der Abwesende vor erreichter Großjährigkeit verstorben, so wird der 10jährige Zeitraum erst von dem Tage, wo er majoratm geworden ist, berechnet. Das Aufgebot der Todeserklärung ist bei dem künftigen Amtsgericht zu beantragen. — B. A. in D. Die Salbe gehört zu den Arzneimitteln, deren Verkauf nur für Apotheken frei gegeben ist. Sie dürfen dieselbe daher nicht verkaufen. — R. A. Wenn Sie unter der „projectirten Ringbahn“ die Bahn nach Pöhl meinen, so soll der Bahnhof in Pommernsöbber erbaut werden. — M. B. Der letzte Zirkus, der in den Zentralsälen Vorstellungen gab, war der Zirkus Kremling. — H. A. Der Mann ist nur verpöchtigt, die vom Gericht festgesetzten Alimente zu zahlen, also im vorliegenden Fall 45 Mark pro Monat. — G. G. hier. 1. Wenn Sie glauben, daß zu viel Zeugnisse in Anrechnung gebracht ist, so richten Sie Ihre deshalb zu erhebende Beschwerde „an das königliche Amtsgericht“. 2. Die nächste Instanz ist das Verwaltungsgericht. — S. D. in B. 1. Sie haben keine Aussicht, die Klage zu gewinnen, denn die Theilung kann nur auf Gemeinbeschlusse erfolgen; zu einem solchen kann die Gemeinde jedoch nicht durch das Gericht gezwungen werden. 2. Das Allg. Landrecht enthält darüber so ausführliche Bestimmungen, daß wir nicht den Raum haben, dieselben an dieser Stelle mitzutheilen. — H. 3. in D. Dem Kongreß liegt die Markverwahrung zu Grunde. — R. A. Gollnow. Wenn eine derartige Polizei-Verordnung für Gollnow zu Recht besteht, so läßt sich dagegen nichts machen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß sich diese Verordnung nur auf öffentliche Vergnügungen bezieht und von einer solchen kann im vorliegenden Falle keine Rede sein, deshalb würden wir Ihnen zur Verurteilung raten. — A. B. 100. Der betreffende Absatz lautet: Durch das gegenwärtige Gesetz werden nicht berührt: die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juni 1859 betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten etc.; dieselben finden jedoch für das Verwaltungsverfahren mit folgenden Maßgaben Anwendung: die Entscheidung erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung; das Gutachten des Disziplinarhofes kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung durch Beschluß der in erster Instanz zuständigen Behörde eingestellt werden; die Erhebung eines Kosten-Pauschalquantums findet nicht statt. — Ernst R. Unter den Vögeln die Tauben und Schwalben und unter den Vierfüßlern die Hunde. — G. H. P. 300. Die Klage wird zu Ungunsten der Gemeinde ausfallen, denn der Unterföhrungswohnsitz der Frau

ist immer ihr Ort gewesen. Denn nach dem Gesetz vom 6. Juni 1870 tritt der Verfall des Unterföhrungswohnsitzes zwar durch zweijährig ununterbrochene Abwesenheit nach zurückgelegtem 24. Lebensjahre ein, durch den Eintritt in eine Krankheit, Bewahrung oder Heilanstalt wird jedoch die Abwesenheit nicht begangen und der Lauf der zweijährigen Frist ruht während der Dauer der von einem Armenverbande gewährten öffentlichen Unterstützung (§ 27). — M. 1. Sie müssen einen Lausitzer, sowie einen vom Vater oder Vormund ausgesetzten Erlaubnißbesitz haben. 2. Die Meldung hat vorher zu erfolgen.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 4. März. Der „Köln. Jg.“ wird aus Petersburg depeeschirt: Der plötzliche Tod des erst 43jährigen Generals Scheremetew erregt allgemeines Bedauern, da der Bestrebte überall beliebt gewesen. Bei dem Eisenbahnunglück bei Dorfk befand sich General Scheremetew im kaiserlichen Wagen und wurde unter den Trümmern vollständig begraben. Außerordentlich allerdings nur leicht verletzt, war der General doch seitdem öfter krank. Er und seine Gattin, eine geborene Stroganowa, eine Enkelin des Kaisers Nikolaus, eine Kousine des jetzigen Zaren, zählten zu den nächsten Freunden des russischen Kaiserpaars, welches von dem erfolgten Tode des Generals sehr ergriffen ist. Es ist zweifelhaft, ob die gestern wegen dieses Todesfalles ausgesagte Abwesenheitsbescheinigung in der deutschen Botschaft wegen der Trauer des Kaiserpaars überhaupt noch wird stattdessen kommen.

Wien, 4. März. Hier ist wieder eine ziemlich kalte Temperatur eingetreten. Aus Ansehung wird ein die ganze Nacht dauernd und noch anhaltender heftiger Schneesturm gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 4. März. In der Nacht vom 4. auf den 5. März nehmen die dänischen Postdampfschiffe die Nachfahrten zwischen Kiel und Rönne wieder regelmäßig auf.

Piegnitz, 4. März. Abends 8 Uhr. Reichstagswahl für den Wahlkreis Piegnitz-Hainau-Goldberg. Bisher sind für den freisinnigen Kandidaten Zumpfer 5099, für den Antikandidaten Hertwig 3101 Stimmen gezählt.

Paris, 4. März. Die Deputiertenkammer genehmigte die Vorlage betreffs der Liquidation der Panama-Gesellschaft. Die Liquidation beginnt am Donnerstag.

Paris, 4. März. In den Wandelgängen der Kammer verlaute heute, Charles Lepetit werde in dem Panama-Bestechungs-Projekt Floquet, Clemenceau und Frebigny als Zeugen zitiert lassen.

Rom, 4. März. Nachdem der Bertheidiger Vazzaroni einen Antrag auf provisorische Freilassung desselben gestellt, wird der Gerichtshof hierüber am Dienstag Beschluß fassen. Eintheilung wurde gestern die Anklageschrift zugestellt. Wie verlautet, wartet die Regierung nur den Ausgang des Prozesses anzu sehen, um dann an die Gründung einer italienischen Reichsbank zu gehen. Der Direktor der Banca di Sicilia dementirt das Gerücht, daß ein altiver Minister der Bank 70,000 Lire schulde. Die Bank besitze nur Wechsel vom Unterstaatssekretär im answärtigen Amt San Giuliano im Betrage von 94,000 Lire, welche gedeckt sind.

Dover, 4. März. Wenn hier in völlig erschöpftem Zustande eingetroffene Dampfer berichten, daß der Dampfer „Cacique“ aus Havre, auf welchem sie sich befanden, am Donnerstag Abend von einem unbekannten großen Dampfer überfallen worden und gesunken sei. Der Kapitän und 12 Mann werden vermißt.

Kopenhagen, 4. März. Die beschränkte Flecktyphus-Epidemie ist als beseitigt zu betrachten; alle am Flecktyphus Erkrankten befinden sich im Wiegandshospital in der Beförderung, nur zwei Personen sind gestorben. Seit Ende voriger Woche sind keine neuen Erkrankungsfälle gemeldet.

Wetteransichten für Sonntag, den 5. März.

Zunächst wärmeres, zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen bis heißen westlichen Winden; nachher etwas kühler.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden 3. März + 1,16 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 3. März, + 3,60 Meter. — Unstrut bei Saalfeld, 3. März, + 2,10 Meter. — Oder bei Breslau, 3. März, Oberpegel + 5,74 Meter. Unterpegel + 2,54 Meter. — Warthe bei Posen, 3. März, + 3,88 Meter. — Neße bei Uch, 28. Februar, + 1,70 Meter. — Weichsel bei Thorn, 1. März, + 2,84 Meter.

Industrie-Papiere.

Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00
Alte Bauerei	100,00	Dam. Celanese	92,00

Bank-Discont.

Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16
Reichsbank 3 Monate	1 1/2	Reichsbank 1 1/2	1,16

Wchsel-Cours vom 4. März.

Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25
Amsterdam 3 Tage	169,25	Amsterdam 3 Tage	169,25

Deutsche Fonds, Bond- und Rentenbriefe.

Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35
Deutsche R.-Ant. 4%	107,35	Deutsche R.-Ant. 4%	107,35

Bergwerk- und Hütten-Gesellschaften.

Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75
Deutsche Bergw. 12%	125,75	Deutsche Bergw. 12%	125,75

Fremde Fonds.

Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00
Russ. Anl. 1871 5%	100,00	Russ. Anl. 1871 5%	100,00

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Franken-Bank	4%	45,90 3	Dar. Bodenbau	4%	235,70 5
Frankf. Vaterb.	4%	75,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4%	101,00 3
Frankf. Wiss.	4%	144,00 3	Gal. Carl-Ludwig	4	

Genesungsstätten für unbemittelte Lungenkranke.

Es gereicht dem Geschlechte der Gegenwart zur Ehre, dass die mit werththätiger Nächstenliebe und praktischem Samariterdienst hervortretende Humanität überall zahlreiche und täglich mehr Herzen und Hände für sich gewonnen hat. Ob es sich dabei an erster Stelle um eine geläuterte und verallgemeinerte Auffassung dessen handelt, was der eine Mensch dem andern schuldet, ob der zunehmende Volkswohlstand für Liebeswerke immer reichere Mittel bereit stellen konnte, ob endlich das Aufblühen der Naturwissenschaften und mit ihnen der Arzneikunde vorwiegend Hilfsmittel und Kräfte darzubieten vermochte, wer wollte da abwägend das eine dem andern vorstellen? Dürfen wir doch an der Thatsache nicht zweifeln, dass man heute dem Leidenden zu helfen nicht nur bereit, sondern auch befähigt ist.

Dem Leidenden, dem Kranken Hilfe, Linderung und Erquickung zu bringen, wer wollte an diesem Werke nicht gern Theil nehmen! Ihm mag der eine seinen Rath und seine Kenntnisse, der andre seiner Hände Arbeit, der dritte seine Mittel zuwenden: gemeinsam wirken sie dann im Dienste der Humanität. — Doch wem gilt es zu helfen?

Unter allen Kranken werden wir immer und überall zuerst auf die armen Brustkranken als die zahlreichsten, elendesten und hilfsbedürftigsten unter ihren Leidensgenossen hingeführt. Ein jeder kennt den tragischen Verlauf dieser Krankheit [der Tuberculose], die beinahe in jeder Familie ihre Opfer wählt, um sie zwischen Hoffen und Verzweifeln langsam hinsiechen zu lassen und unter Qualen einem vorzeitigen Ende zuzuführen. Man bedenke doch, dass in Deutschland jährlich mehr als 10 000 Menschen an Lungenschwindsucht zu Grunde gehen und dass überhaupt jeder fünfte bis neunte Todesfall ein Opfer dieser schrecklichsten aller Krankheiten betrifft. Zudem rafft dieser Würger „Krankheit“ hauptsächlich Personen in den besten Lebensjahren, hoffnungsvolle Jünglinge und erwerbsfähige Männer hinweg; welch einen Verlust bedeutet das nicht nur für die betroffenen Familien, sondern auch für den Staat und die menschliche Gesellschaft überhaupt!

Könnte man doch den Jammer bannen, das Leiden bekämpfen, besiegen! Kürzlich glaubten sie das Mittel dazu in der Hand zu haben; doch ist dieser Traum bereits verfliegen. Weder das Tuberkulin, noch irgend ein anderes Heilmittel aus der Apotheke vermag den Kampf wider jenen Todfeind des Menschengeschlechts aufzunehmen. Soll man da resignirt die Hände in den Schooss legen und dem Würgengel in Stadt und Land Raum geben, ihm freie Hand lassen? — Keineswegs.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte, im Stillen, und so zu sagen unter der Hand hat eine Methode der Behandlung Brustleidender Bedeutung gewonnen und durch Heilerfolge sich Geltung zu verschaffen gewusst, die wesentlich darauf hinausgeht, den erkrankten Menschen und seine angegriffenen Organe zu schonen und unter die denkbar günstigsten hygienischen Bedingungen zu stellen. Die Heilmethode besteht hier vorzugsweise aus Vorkehrungen zum Schutz und zur Schonung, aus Sonnenbädern, reiner Luft und guter Nahrung, aus bestem Wasser und reichlicher Milch. Nebenbei noch der Beirath des Arztes, die Hand des dienstwilligen Pflegers, Ruhe und Frieden umher, angenehme Anregungen für den Geist, freundliche Eindrücke dem Auge und Ohr — und der Heilapparat ist vollkommen hergestellt!

In England hat man in der Weise durch Errichtung zahlreicher Reconvalescenten-Häuser der Noth zu steuern gesucht; über 6000 Kranke finden in ihnen Unterkommen, Besserung und Heilung. Auch in Deutschland existiren seit Jahren einige Heilanstalten für Lungenkranke in bester Gebirgs- und mit mustergiltigen Einrichtungen; erwähnt sei Görbersdorf, Reiboldsgrün, Falkenstein am Taunus. Die segensreiche Wirksamkeit jener Heilstätten steht ausser Frage, ja es wird allgemein zugestanden, dass ihre Art der Behandlung, Pflege und Fürsorge Brustkranker bei Weitem die besten Erfolge aufzuweisen hat.

Weshalb, so fragt man mit Recht, wird denn dieser Behandlungsmethode nicht die grösste Ausbreitung verschafft, weshalb werden ihr trotz alle dem nur verhältnissmässig wenige Kranke theilhaftig? Darauf ist zu erwidern, dass die Kranken nur ausnahmsweise wohlhabend genug sind, um sich die Vortheile jener Asyle zukommen lassen zu können. Dieselben sind unbemittelten und wenig Bemittelten so gut wie unzugänglich. Sollen aber die armen Kranken, weil sie arm sind, verderben, sollen sie hinsiechen, ohne die rechte Hilfe finden zu können?

Nein, das darf nicht geschehen! Doch müssen ihre besser gestellten Nebenmenschen sich bereit finden lassen, für sie einzutreten und hilfreiche Hand zu leisten bei dem Werke der Barmherzigkeit, mit dem unter ärztlicher Beihilfe und Anleitung an mehreren Orten Deutschlands nun begonnen worden ist. Handelt es sich doch darum, die Mittel zusammenzubringen, um Genesungsstätten für unbemittelte Brustkranke an passender Stelle zu errichten und später im Betriebe zu unterhalten. Diese braucht nicht nothwendig im Süden oder im Gebirge zu sein.

Im Regierungs-Bezirk Stettin den rechten Ort für eine solche Heilstätte ausfindig zu machen, ist gewiss nicht schwierig;

wir haben hier die bewaldeten Höhenzüge, uns steht auch die Küste zu Gebote, beide gleich geeignet. Was jedoch von vorn herein nicht zur Verfügung steht, das sind die dazu erforderlichen Geldmittel. Wie man zu ihnen und damit zur Errichtung des besprochenen Zieles gelangen könne, damit hat sich der Verein der Aerzte des Regierungs-Bezirks Stettin in gründlicher Weise beschäftigt.

Jener Aerzteverein hält das Unternehmen für zeitgemäss und durchführbar; er ist zur Förderung desselben bereit und beabsichtigt, mit der Bildung eines Vereins vorzugehen, der die Angelegenheit betreiben soll und dem Jedermann beitreten kann. Die Mitglieder dieses in den Dienst eines edlen Werkes sich stellenden Vereins würden einen nicht erheblichen Jahresbeitrag von 6 Mark zu entrichten und ihre Interessen dem Vereine zuzuwenden haben. Wünschen wir seiner Wirksamkeit, mit der in nächster Zeit begonnen werden soll, einen guten Anfang und einen gesegneten Fortgang: der Wirksamkeit des Vereins zur Errichtung von Genesungsstätten für unbemittelte Lungenkranke im Regierungs-Bezirk Stettin. —

Zur Orientirung der Leser lassen wir die Verhandlungen des Vereins der Aerzte des Reg.-Bezirks Stettin folgen:

Zenker (als erster Referent): Die in der letzten Herbstversammlung anwesenden Vereinsmitglieder haben mit Stimmenmehrheit beschlossen, dass sich der Verein mit der Frage der Gründung von Heilstätten für unbemittelte Lungenkranke beschäftigen wolle. Demgemäss wurde dann eine Commission von fünf Mitgliedern, bestehend aus Freund, Neumeister, Hans Schmid, Sauerhering und Zenker, gewählt, die den Vorarbeiten in dieser Angelegenheit obliegen und der heute tagenden Versammlung ihr Material vortragen sollte.

Zunächst möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken auf die Literatur, welche unsere Frage in den letzten Jahren entstehen lassen hat. Ich lege Ihnen hiernit Alles vor, was die Commission als für unsere Angelegenheit wichtig gesammelt hat.

Auf Grund aller Ermittlungen hat die Commission ihrerseits anerkennen müssen, dass die Heilstätten-Behandlung der Tuberculose — denn um diese handelt es sich doch in den überwiegend meisten Fällen — unter allen Behandlungsarten jener Krankheit oben zu stellen sei, dass es daher als ein erstrebenswerthes Ziel angesehen werden müsse, den Brustkranken, auch den Unbemittelten, Gelegenheit, Mittel und Wege an die Hand zu geben, sich in dazu geeigneten Asylen behandeln zu lassen. Darüber sind die Autoren einig, darüber, glaube ich, besteht überhaupt unter Aerzten, ja selbst im Publikum kaum eine Meinungsverschiedenheit.

Wenn dem aber so ist, wenn das allgemeine Urtheil sich bezüglich der Brustkranken, der Tuberculösen für die Behandlung in eigens dafür in bester Lage und mit allen Hilfsmitteln hergerichteten Anstalten entschieden hat, wenn diese Fürsorge ferner als ein vitales Interesse der Kranken selbst und als eine Erleichterung der Familien und Krankenhäuser angesehen wird, so stellt sich die Frage nicht mehr so, ob es nützlich und rathsam sei, derartige Heilstätten herzustellen, sondern die Frage ist lediglich die:

ist es ausführbar und wie ist es zu ermöglichen, dass auch unbemittelten Lungenkranken die Vortheile einer solchen Behandlung zu Theil werden?

In andern Ländern, namentlich in England, hat man in der Sache bereits recht schöne Erfahrungen gemacht und ansehnliche Resultate erzielt. In England existiren 18 Hospitäler, die sich mit der Special-Behandlung der Tuberculose befassen und jährlich 6—7000 Kranke aufnehmen. Manche grosse Krankenhäuser haben ihre an geeigneter Stelle gelegenen Dependancen, die als Reconvalescenten-Anstalten und als Sanatorien für Brustkranke im Gebrauch sind.

In Deutschland haben sich bis dahin nur die Wohlhabenden des Vortheils der Behandlung ihrer Tuberculose in entsprechenden Sanatorien theilhaftig machen können. Dass für diese aber Heilstätten, wie Görbersdorf, Falkenstein, Reiboldsgrün ein grosser Segen gewesen seien, brauche ich hier nicht zu sagen.

Die Idee, derartige Heilstätten auch Unbemittelten zu Gute kommen zu lassen, hat die Anregung dafür dargeboten, dass man an verschiedenen Orten, so in Hannover, Bremen, Köln, mit der Bildung von Vereinen zu diesem Zwecke vor Kurzem vorgegangen ist. Allerdings sind diese Unternehmungen, die sämtlich erst wenige Jahre zählen, noch im Entstehen und haben noch keine grossen Resultate aufzuweisen.

Indessen, es verallgemeinert sich doch das Bestreben mehr und mehr, das Publikum wird allmählig für die Sache erwärmt und es kann keinem Zweifel unterliegen, dass mit der Zeit aus dem ausgesäeten Körnchen ein lebenskräftiger, Früchte tragender Baum entstehen wird. Die Voraussetzung dazu bildet allerdings die Frage, wie sich die Aerzte zu der Sache stellen und ob sie die Führung in derselben zu übernehmen bereit sein werden.

Wir in unserm Aerztekreise haben dieses Vertrauen gehabt, wir haben angenommen, dass unsere Collegen sich der ethischen Seite ihres Berufs bewusst seien und deshalb sich zu dieser Angelegenheit sympathisch verhalten werden.

Wenn man sich ein Bild von dem machen will, wie sich die Commission die erste Verwirklichung der unsern Plane zu Grunde liegenden Idee gedacht hat, so muss voraus bemerkt werden, dass es sich nur um den Anfang eines Unternehmens handeln kann, das voraussichtlich mit der Zeit sich erweitern und in weite Kreise Segen austreten wird. Wenn es gelingt, erst einem Genesungshause für unbemittelte Brustkranke zu einem gedeihlichen Leben zu verhelfen, so kann es m. H. keinem Zweifel unterliegen, dass mehr und mehr solche Unternehmungen entstehen werden. Ich sehe daher im Geiste schon unsere schöne Küste bekränzt mit einer Reihe von Genesungshäusern, Heil- und Reconvalescentenstätten, in denen Arme und Kranke Besserung und Genesung suchen und finden werden.

Freilich aller Anfang ist schwer, eine neue Idee bricht sich erst allmählig Bahn, ist sie jedoch zeitgemäss, gut und lebensfähig, so kann und wird ihr der Erfolg nicht fehlen.

Wie also haben wir uns die anfängliche Gestaltung der Sache zu denken?

Ein Genesungshaus an geeigneter Stelle in den Bergen unsrer Umgegend oder an der Küste errichtet, für zunächst 20 Brustkranke männlichen Geschlechts, würde den Anfang bilden können. Wir dachten uns die Sache so, dass etwa ein Gehöft mit genügendem Areal, in der Nähe eines Ortes mit Arzt und Apotheke, gelegen am Walde und in denkbar bester Lage, zu erwerben und auf dieser Stelle dann ein Genesungshaus in Barackenform für zunächst 20 Kranke zu errichten sein würde.

Den Plan eines solchen Genesungshauses nebst Kostenanschlag habe ich herstellen lassen; ich lege ihn auf den Tisch des Vereins zur gefälligen Einsicht nieder. Dieses Krankenhaus nebst kleinem Verwaltungsgebäude mit allem Zubehör an beweglichem und unbeweglichem Inventar, mit den Einrichtungen versehen, die sich bei aller Einfachheit und Billigkeit doch an die Muster von Falkenstein und Görbersdorf anlehnen müssten — Veranden, Hallen etc., — mit seinem die Erweiterung zulassenden Areal, mit entsprechendem Verwaltungs- und Pflegepersonal, mit etwas Landwirtschaft und einem kleinen Viehbestande (namentlich Kühen) sollte den Krystallisationskern bilden für ein je nach eingetretenerm Bedürfniss und mit wachsenden Mitteln sich mehr und mehr erweiterndes Heilstätten-Anwesen.

Unserer Berechnung nach würde zu dem Unternehmen ein Anlage-Kapital von 50—60000 Mark und zum jährlichen Betriebe der vollbelegten Anstalt eine Summe von 20000 Mark als erforderlich zu erachten sein.

Woher nehmen wir das Geld nun, m. H.?

Die Operationsbasis für das ganze Unternehmen würde ein ad hoc zu gründender, über den Regierungsbezirk Stettin sich erstreckender Verein sein, dessen aus Aerzten und Laien, d. h. aus Personen aller Stände bestehende Mitglieder zur Förderung der Sache herangezogen werden würden, und zwar mit einem Jahresbeitrage von 5 bis 6 Mark. Der Verein mit einem Vorstande an der Spitze und als Rückhalt unsern Bezirks-Verein der Aerzte hinter sich, würde wohl nicht ohne Erfolg bei den Behörden, Communen, Kreisverbänden und Privaten für die gute Sache werben. Es würde jeder von uns in seinem Kreise dafür Propaganda zu machen haben; man könnte mit Vorträgen, Vorlesungen, Collecten etc. der Sache zu Hilfe kommen. Höchst wahrscheinlich ist es, dass auch zahlende Kranke und solche, die von Krankenkassen, Communalverbänden oder Privatwohlthätern unterhalten werden, demnächst der Anstalt zugewiesen werden würden.

Doch das gehört einer späteren Zeit, der Zeit des Betriebs der Anstalt bereits an. Einstweilen heisst es, die Mittel zu sammeln zu dem Anlagekapital. Dieses wäre und würde allerdings eine langsam sich vollziehende Procedur, wenn man nicht in das Auge fassen dürfte: einmal, dass in den tausenden gerade durch die Tuberculose hart geschlagener Familien ein reges Interesse für die Sache zu entfachen sein würde, sodann, dass man gewiss mit der Zeit auf Vermächtnisse, Legate und Stiftungen rechnen und auch an die Emission von Actien, vielleicht je zu 100 Mark, mit denen dann das Präsentationsrecht von Kranken verbunden sein müsste, denken könnte.

Schliesslich bemerke ich noch, dass es auf alle Fälle wichtig ist, mit unserm Unternehmen eine bestimmte Adresse zu schaffen, an die sich Menschenfreunde und Wohlthäter, die Lungenkranken helfen und zu deren Besten Vermächtnisse stiften wollen, wenden können. Dass solche Zuwendungen aber nicht bloss Hirngespinnste und reine Zukunftsmusik bedeuten, beweist das neuerdings bekannt gewordene Vermächtniss eines Stettiner Bürgers, welcher in hochherzigster Weise der Stadt die Summe von 300,000 Mark für arme Reconvalescenten zur Verfügung gestellt hat.

Bei der darauf folgenden Abstimmung werden nach längerer eingehender Diskussion die Thesen in ihrer Gesamtheit angenommen. Indem der Vorsitzende hervorhebt, dass dies mit Einstimmigkeit erfolgt sei, fordert er die Kollegen auf, durch Eintragung des Namens in eine Liste zur sofortigen Bildung des Vereins zu schreiten, welcher Bitte von sämtlichen anwesenden Kollegen entsprochen wird.

Betriebskosten. Was nun die Betriebskosten anbelangt, so werden dieselben verhältnissmässig hoch zu stehen kommen.

Wie vorher mehrfach erwähnt, ist also die Bildung des Vereins bereits erfolgt. Vorläufig haben aber nur Aerzte ihre Mitgliedschaft erklärt. Der Verein wünscht indessen und hofft die Unterstützung und Betheiligung von Herren und Damen aller Stände und aller Berufsklassen. Er fordert daher alle Diejenigen, welche ein warmes Herz für die armen und elenden Brustkranken haben, auf, ihre Erklärung zum Eintritt in den Verein resp. zur Zeichnung von einmaligen oder periodischen Beiträgen zu richten an die Redaction dieser Zeitung oder an die

Sanitätsrath Dr. Sauerhering, Birkenallee No. 34.
Sanitätsrath Dr. Zenker, Bergquell-Frauenthorf.
Dr. Hans Schmid, Kantstr. 3. Dr. Freund, Königsthor. 2
Dr. Neumeister, Falkenwalderstr. 129.

(Name)

Druck von H. Gieseler, Chemnitz.